

# Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callenberg, Sobndorf, Köditz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Rübchnappel und Tirschbeim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 RM. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 RM. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.



Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Grundzeile wird mit 75 Pfg. für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigehaltene Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 RM. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 88 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callenberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortsteile.

Druck und Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pöcher in Lichtenstein-Callenberg. Inhaber Wilhelm Pöcher in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Bl.

Nr. 95

Sonnabend, den 28. April 1921

71. Jahrgang

## Donnerstag u. Freitag, 28. u. 29. April, Jahrmart in Lichtenstein-C. (Altmarkt).

**Kindertag und Kokostag.** 1/4 Pfd. 2,50 Mk. bei Dietrich, Koch und Wagner.

Städt. Lebensmittelamt.

**Freibau.** Montag, den 25. April vormittag von 9 bis 11 Uhr st. Rindfleisch, Pfd. 9.— Mk.

**Anholz-Versteigerung auf Lichtensteiner Revier.**

Im Ratskeller zu Lichtenstein sollen Sonnabend, den 7. Mai 1921, von vormittags 9 Uhr an die im Stadtwald, Burawald und Neubörsler Wald aufbereiteten 3 eich. und 990 Ndlh.-Stämme von 10—38 cm Mitt. 5 eich. und 26 klef. Röhler von 13—26 cm Oberst. 575 Röhler Stangen 5—9 cm Unterst. 410 Röhler Stangen 10—13 cm 21 Nm. Ndlh.-Rohrollen, 2 m l. verfertigt werden. **Städt. Forstverwaltung und Revieramt Lichtenstein.**

**Sparkasse Sobndorf (Bez. Chemnitz).**

Zinssfuß 3 1/2%. Tägliche Verzinsung Postfachkonto Leipzig Nr. 21489. Gemeindefunkto Nr. 2. Strengste Geheimhaltung Unengeltliche Aufbewahrung von Wertpapieren. Geschäftszeit während des Winterhalbjahres: 8 bis 1 Uhr vorm., 3—5 Uhr nachm. und an den Tagen vor Sonn- und Festtagen durchgehend von vormittags 8 bis nachmittags 2 Uhr.

Als Mitglied der öffentlichen Lebensversicherungsanstalt der Sparkassen ist die Sparkasse Vermittlungsstelle für Lebens- und Rentenversicherungen.

### Kurze wichtige Nachrichten.

\* Die verbliche Regierung hat das Anerbieten der deutschen Regierung, an Stelle von 10000 Pferden Eisenbahnmateriale zu liefern, angenommen.

\* Der Korrespondent der „Daily Mail“ meldet, daß die übrigen Staaten der Welt den Vereinigten Staaten augenblicklich 4500 Millionen Pfund Sterling schulden. Aus dem zuletzt erschienenen Bericht der Republik geht hervor, daß 750 Millionen Pfund Gold in Amerika aufgestapelt sind.

\* Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, ist an einer Lungenentzündung erkrankt. Er hatte vorgestern starkes Fieber. Gestern hatte sich sein Zustand gebessert, dennoch wurde außer dem Botschaftsarzt Dr. Weitz noch ein zweiter Arzt hinzugezogen.

\* Die Reichsregierung hat an den Kommandanten und die Regierungskommissare im Saatzgebiet eine Protestnote gerichtet gegen die Anordnung, daß ab 1. Mai die Gebühren für Lebensmittel und Waren sowie die Gehälter in Francs berechnet werden.

\* Amerika will auf keine Kabelrechte und die Insel Yap nicht verzichten, selbst, wenn dies mit Kriege mit Japan führen sollte.

### Deutsches Reich.

**Antrag auf Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Renner.**

(E3.) Dresden. Gegen den kommunistischen Landtagsabgeordneten Renner, der bekanntlich als verantwortlicher Redakteur das kommunistische Organ „Das Volksblatt“ zeichnet, ist seitens der Staatsanwaltschaft Strafverfahren anhängig gemacht worden. Der Rechtsausschuß des sächsischen Landtages wird sich demnächst mit einem Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung desselben zu befassen haben.

### Protest gegen Verleumdung.

Berlin. Der württembergische Landtag nahm gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten einen Antrag an, der die württembergische Regierung ersucht, entgegen der unwahren Behauptung der Entente, Deutschland habe den Krieg gewollt und plammäßig vorbereitet, bei der Reichsregierung nachdrücklich dafür einzutreten, daß die Schuld

am Weltkriege wie an der langen Dauer des Krieges und insbesondere auch die Kriegsverbrechen der Kriegführenden wahrheitsgetreu festgestellt werden und das Ergebnis im In- und Auslande möglichst bald öffentlich bekanntgegeben und verbreitet wird.

**Annahme des Reichsmietengesetzes im Reichsrat.**  
Der Reichsrat beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf zur Regelung der Mietzinsordnung (Reichsmietengesetz). Die Ausschüsse, über deren Verhandlungen Ministerialdirektor Dr. Conze berichtete, haben die Vorlage mit einigen Änderungen angenommen. In der Regierungsvorlage ist der Gedanke festgehalten, daß eine gesetzliche Miete nicht ohne weiteres an Stelle der Vertragsmiete treten kann, aber die Gemeinden können verlangen, daß an Stelle der Vertragsmiete die gesetzliche Miete gesetzt wird. Bei der gesetzlichen Miete wird ausgegangen von der Friedensmiete des Jahres 1914; nur wo eine solche nicht besteht, tritt eine Schätzung nach dem ortsüblichen Satze ein. Das Plenum des Reichsrats nahm den Gesetzentwurf nach den Beschlüssen der Ausschüsse gegen die Stimmen Württembergs und Oldenburgs an.

**Pf. Sch. Rohnit, Tarnowitz für Polen?**  
Der Berichterstatter der „Times“ in Warschau erzählt, daß die interalliierte Kommission in der oberösterreichischen Frage die Annahme einer Lösung anempfiehlt, welche Polen die Bezirke juteile, in denen die Polen eine beträchtliche Mehrheit erzielen, nämlich Pf. Sch. Rohnit und Tarnowitz mit einer Anzahl durchaus polnischer Gemeinden. Die hauptsächlichsten Städte aber, welche eine deutsche Mehrheit aufweisen, sollen deutsch bleiben. Der Berichterstatter weist darauf hin, daß die Empfehlung der Kommission jedoch nicht die endgültige Entscheidung der Alliierten darstellt.

**Zur Verurteilung des Leiters der thüringischen Staatspolizei.**  
Zu der Beurteilung des Leiters der thüringischen Staatspolizei, den Major Müller-Brandenburg, wird jetzt amtlich gemeldet, daß seitens des Reichsministeriums des Innern gegen Müller-Brandenburg ein Verfahren wegen staatsgefährlicher Umtriebe eingeleitet wurde. Die thüringische Staatspolizei ist in der Angelegenheit der Befreiung von Schwerverbrechern aus dem Gotha-Gefängnis schwer kompromittiert.

**Die Börse reagiert.**  
Aus New York wird gemeldet: Die Note an Harding und die Antwort Hardings an Deutschland wird in der Presse lebhaft besprochen. Der allgemeine Eindruck ist, daß Amerika nicht endgültig abgelehnt hat. Bemerkenswert war an der Freitagsschöpfung die feste Haltung der Markt. Es bestand rege Nachfrage, so daß sich die Notierungen erheblich höher stellten, als am Donnerstag. An den Schweizer Börsen und in Finanzkreisen herrscht eine außerordentlich pessimistische Stimmung. Der Markkurs ging am Freitag an der Börse von Genf und Basel bis auf 8,2 zurück, ein Stand, der seit über einem Jahr nicht mehr verzeichnet wurde.

**Frankösischer Kriegsrat.**  
Die Konferenz im Ministerium des Aeußeren unter dem Vorsitz von Briand beriet am Freitag über die Forderungen der Sachverständigen bezüglich der eventuell gegen Deutschland zu ergreifenden Sanktionen. Der Konferenz wohnten u. a. bei Marshall Foch, General Wengand, die Minister Doumer, Loucheur, und Seydoux. Ueber den Plan der Ausbeutung des Ruhrgebietes, der am Donnerstag aufgestellt worden ist, erzählt die „Agence Journalier“ Folgendes: Die Berichte der Sachverständigen schätzen, daß die monatliche Produktion des Ruhrgebietes durchschnittlich 9 Millionen Tonnen beträgt, die in folgender Weise verteilt werden: 2 Millionen Tonnen für die Entente, 1 Million Tonnen für die Neutralen, 1 Million für den Betrieb der Ruhrbergwerke, 2 1/2 Millionen für das übrige Deutschland. Loucheur und Le Troquer haben gemeinsam einen Plan aufgestellt, eine selbständige Armee herzustellen, die sich allen Umständen und allen Möglichkeiten anpassen vermag.

### Heraus aus der Kirche.

Die unter dieser Ankündigung einberufene Versammlung der „proletarischen Freidenker“ im Callnberger Schützenhaus war recht gut besucht. Der Vortrag des Herrn Wolf aus Dresden brachte gegenüber dem, was wir in ähnlichen Versammlungen früher gehört, nichts wesentlich Neues. Der Vortragende betämpfte den

Gottesglauben und suchte den Nachweis zu erbringen, daß Christentum und Kirche dem Kammondienst verfallen seien und für den sozialistischen Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht in Betracht kämen. In der Aussprache traten ihm Herr Pfarrer Hebert und Herr Oberpfarrer Ende entgegen. Während Herr Pfarrer Hebert von der Versammlung noch ruhig angehört wurde, wurden gegen Herrn Oberpfarrer Ende bald nach seinen ersten Worten Zwischenrufe laut, an denen sich auch die Versammlungsleitung beteiligte. Herr Oberpfarrer Ende brach daraufhin seine Ausführungen ab und verließ, da die Versammlungsleitung nicht gegen die Zwischenrufer eingriff, die Rednertribüne. Auf seine Aufforderung, zum Protest gegen die ungleiche Behandlung der Redner den Saal zu verlassen, verließ der größere Teil der Anwesenden die Versammlung, von einem Teil der Zurückbleibenden durch Ruhe begleitet, auf deren Wiederkehr wir verzichten möchten. Wir können aber unser Bedauern darüber nicht verhehlen, daß Herr Oberpfarrer Ende, der schriftlich zur Versammlung eingeladen war und dessen Ausführungen sich rein auf dem Boden des Sachlichen bewegten, von den Geanern nicht ebenso ruhig angehört wurde wie der Referent.

Wir bringen in Ergänzung unseres Berichts noch folgende Ausführungen, die uns von Herrn Oberpfarrer Ende zugegangen sind. Er schreibt: Da ich gegen unläsliche Zwischenrufe, mit denen meine Darlegung unterbrochen wurde, leider bei der Versammlungsleitung keinen Schutz fand, auch dann nicht, als ich drohte, meine Rede abzubrechen, gebe ich auf Wunsch in Kürze den Inhalt dessen wieder, was ich noch auszuführen gedachte. Ich bemerke noch, daß ich meine Ausführungen darum abbrach, weil ich nicht wünschte, bei meinen späteren Darlegungen über das Wesen der Religion ähnlichen unläslichen Zwischenrufen ausgesetzt zu sein. Das Heilige ist mir zu wertvoll, um in einer Versammlung vorgetragen zu werden, darin Witzliebhaber den Redner durch solche Zwischenrufe stören. Da die Versammlungsleitung nichts zu den Zwischenrufen zu sagen hatte, sondern mich ruhig abgehen ließ, war natürlich mein weiteres Verbleiben zwecklos, auch war es mein gutes Recht, das Urteil der Versammlung anzurufen. Es ist zu bedauern, wenn die Versammlung dadurch eine Unterbrechung erleidet, aber das Verlassen der Versammlung ist ja ein Brauch, der gerade von den Parteien, denen der Herr Versammlungsleiter und der Herr Referent angeschlossen sind, in letzter Zeit im Landtag wiederholt geübt worden ist. Nun zum Vortrag selbst. Der Vorwurf, die Kirche bediene sich kapitalistischer Mittel, hebt sich selbst dadurch auf, daß auch der überzeugteste Kommunist unter der Herrschaft des kapitalistischen Systems gar nicht anders kann, als kapitalistisch zu handeln. Die Gemerkschaften und Parteien tun das im höchsten Maße. Wenn es auch „amerhan“ geunden wird, daß man diese Tatsache feststellt, so wird sie doch dadurch nicht aus der Welt geschafft. Aber der Herr Referent verlangte, die Kirche hätte lollen Seite an Seite mit dem Sozialismus die kapitalistische Wirtschaftsordnung beizulegen. Reistigien, hat der Herr Referent tatsächlich gesagt. Nun, hat der Sozialismus die kapitalistische Wirtschaftsordnung „beizulegen“? Er macht jetzt den Versuch damit und findet, daß das nicht so schnell geht, so, daß man mit dem schnell beizulegen wollen die Unordnung, die sich nach vergrößert. Der Sozialismus ist eine Wirtschaftstheorie, wie andere auch. Sein Grundgedanke ist aut, aber der fittliche Wert des Privatigentums ist so groß, daß selbst die Kommunisten sich nicht getrauen, es ganz anzulegen. Das Christentum aber hat an sich mit Wirtschaftsprogrammen nichts zu tun. Es ist von Haus aus vielmehr auf den baldigen Untergang der Welt, die Wiederkunft Christi einstellt gewiesen. Nicht aus Grundlag, sondern weil es sich nicht mehr zu lohnen schien, waren die ersten Christen gleichgültig gegen Staat und Wirtschaftsordnung. Heute ist diese Gleichgültigkeit nicht mehr da. Und wir haben viele Sozialisten im Christentum; ein großer Teil unserer Gemeindeglieder wählt sozialistisch. Viele sind zwar nicht Parteisozialisten, aber sind es der Gesinnung nach. Eine nicht kleine Zahl von Pfarrern sind Sozialdemokraten aller Richtungen, keinem wird deshalb ein Haar gekrümmt. In der Schweiz, in Holland, in Norwegen, haben sozialistische Pfarrer an hervorragender Stelle in der Partei. Freilich ist es wahr, die Kirche hat die Sozialdemokratie öffentlich bekämpft (nicht den Sozialismus), aber nicht wegen des Sozialismus, sondern wegen der materialistischen Weltanschauung. Diese Weltanschauung hat sich überlebt. Auch in der Sozialdemokratie stirbt sie allmählich aus. Sie wird nur noch von gewissen Hinterwäldlern vertreten. Es war sehr interessant, zu hören, daß auch der Herr Referent sie noch vertritt und sogar sein ganzes Referat auf ihr aufbaute. Wenn er einmal erkannt haben wird, daß er da von der Zeit überholt ist, wird er solche Reden nicht mehr halten. Die von ihm für tot erklärte idealistische Weltanschauung liegt heute auf der ganzen Linie! Der Herr Referent selbst stellte sich zu seiner Weltanschauung in Widerspruch. Wir dürfen also auf Befehrung hoffen. Er nahm ja Religion auch für sich in Anspruch. Religion und Materialismus aber sind unvertäglich Gegenstände. Religion ist nämlich immer und nur etwas Geistiges. Religion haben zum Weltglauben. Und eben in dem „Beziehung haben“ liegt das Heilige. Sobald ich nämlich zu einem Gegenstand „Beziehung“ habe, d. h. daß ich ihn liebe, verehere, mich ihm zugehörig oder vermandt fühle, sobald befehle ich ihn. Sobald ich aber in der Natur etwas Seelenhaftes anerkenne, habe ich